

18.11.2009

Helmhold kritisiert „zweierlei Maß bei Schulgründungen“

Ursula Helmhold, Schaumburger Abgeordnete und stellvertretende Vorsitzende der Landtagsgrünen fordert, dass für die Neugründung von Gesamtschulen in Niedersachsen die gleichen Maßstäbe angelegt werden, wie für die von der Landesregierung unterstützte Einrichtung der so genannten Neuen Schule Wolfsburg.

"Was für Wolfsburg gut ist, kann für Schaumburg nicht schlecht sein", sagte die Abgeordnete.

Es sei nicht akzeptabel, dass bei "normalen" Gesamtschulen, insbesondere an die Anzahl der Schüler und Schülerinnen sehr viel höhere Anforderungen gestellt werden, als an das Wolfsburger Projekt, das der Stadt von der Volkswagen AG zum 70-jährigen Firmenjubiläum gestiftet wurde. Helmhold sprach von "zweierlei Maß und Ungleichbehandlung". Während die Neue Schule Wolfsburg nur 80 bis 90 SchülerInnen pro Jahrgang für die Bildung von vier Parallelklassen aufnehmen, müssten neugegründete Gesamtschulen nachweisen, dass sich auf längere Sicht mindestens 130 Schüler anmelden würden, um mindestens fünf Parallelklassen bilden zu können.

Die Grünen-Politikerin stellte sich hinter das pädagogische Konzept der Wolfsburger, fordert aber die Übertragung der Bedingungen auf alle Schulen. "Die Landesregierung wirbt mit dem Slogan: Für die besten Köpfe von morgen müssen wir heute die besten Schulen schaffen! Das darf nicht nur exklusiv für Wolfsburg gelten", sagte Helmhold. "Wenn die Neue Schule Wolfsburg offenbar hervorragend auch als kleine Schule arbeiten kann, warum werden dann anderen Gesamtschulen so hohe Hürden in den Weg gelegt?"

Die Grünen-Politikerin wird die Ungleichbehandlung in der nächsten Woche mit einer Anfrage zum Thema im Landtag zu machen.